

Sparpaket hart kritisiert

Die Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Igöv unter dem Präsidium von Beat Tinner wehrt sich gegen Sparübungen, «welche die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs wieder schmälern», wie sie in einem Communiqué zum Sparpaket des Kantons St. Gallen darlegt.

«Kommt Wortbruch gleich»

Das Volks-Ja vom September 2010 sei ein klares Votum für einen wirkungsvollen Angebotsausbau im ganzen Kanton gewesen. Darin enthalten seien auch spürbare Verbesserungen in den Randstunden sowie beim Nachtverkehr an den Wochenenden. Der von der St. Galler Regierung und der beratenden Kommission beantragte teilweise Verzicht auf den Angebotsausbau des Abend- und Wochenendangebots komme daher einem Wortbruch gleich.

15 Prozent Aufschlag sind zu viel

Ebenso unsinnig sei der geplante Aufschlag im Tarifverbund Ostwind. Die Igöv habe nichts gegen eine massvolle Tarifierhöhung zur Mitfinanzierung des geplanten Ausbaus einzuwenden. Ein Aufschlag von nicht weniger als 15 Prozent im Wissen, dass die nationalen Tarife ebenfalls um zehn Prozent angehoben werden sollen, «das ist unverhältnismässig». (cz)

230 wollen mit der Juso sparen

ST. GALLEN. Etwas über 230 Personen haben bis gestern abend die Online-Petition der St. Galler Juso gegen das Sparpaket der St. Galler Regierung unterzeichnet. Ziel der Kampagne: Unter dem Motto «Zukunft statt Sparpaket» soll die Sparübung «auf dem Buckel der Gesamtbevölkerung und der sozial Schwachen» gestoppt werden. Die Jungpartei ruft die St. Gallerinnen und St. Galler auf, ihre Petition zu unterzeichnen und damit weiterhin «für einen starken Kanton St. Gallen» zu kämpfen. (rw)

Obst in Hausgärten

Unter der Leitung vom Naturgärtner Markus Allemann lernen die Teilnehmenden am Halbtageskurs «Obst in Hausgärten» des Gartenobstbauvereins und der Ostschweizer WWF-Sektionen am 26. Februar, welche Obstsorten sich besonders für die rankende Bepflanzung auf kleinen Flächen eignen und wie man Spaliere an Fassaden errichtet. Weiter erfahren sie, worauf beim Pflanzen von Säulen-, Niederstamm- und Mittelstamm-Obstbäumen zu achten ist. (red.)

anmeldung@wwfost.ch,
www.wwfost.ch/naturlive



Bild: wwf

Spaliere an Hauswänden sind Lebensraum für Vögel und Insekten.

Glasfasern auch auf dem Land

SAK und EKT sollen für die Kantone Appenzell Ausser- und Innerrhoden, St. Gallen und Thurgau ein flächendeckendes Glasfasernetz bauen.

ANDREAS KNEUBÜHLER

«Das wird die Neat der Telekommunikation.» So umschreibt Franz Stampfli, Präsident von openaxs, dem Verband der Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Förderung von offenen Breitbandnetzen, das Projekt, das in der Ostschweiz starten soll. Geplant ist nichts weniger als ein flächendeckendes Glasfasernetz. An einer Veranstaltung in St. Gallen stellten die beiden Volkswirtschaftsdirektoren der Kantone St. Gallen und Thurgau den rund 240 Vertretern von Gemeinden und anderen Interessierten die Pläne vor. Klar wurde an der Veranstaltung: Es soll die öffentliche Hand sein, die die Kommunikationsinfrastruktur der Zukunft erstellt.

SAK mit Leistungsauftrag

Wer baut konkret das Glasfasernetz? In den Kantonen Appenzell Ausser- und Innerrhoden sowie St. Gallen sollen die St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke (SAK) einen Leistungsauftrag erhalten, kündigt der St. Galler Regierungsrat Josef Keller an, der gleichzeitig auch Präsident des SAK-Verwaltungsrats ist. Er sei überzeugt, dass ein solches Netz bald ein entscheidender Standortvorteil sein werde, wirbt Keller. Geplant ist eine offene, diskriminierungsfreie Plattform. Weil die SAK nur einen Teil des Gebietes direkt versorgt, soll sie mit lokalen Energieversorgern zusammenarbeiten.

Noch fehlt die «letzte Meile»

Die Elektrizitätswerke des Kantons Thurgau (EKT) betreiben bereits ein eigenes Glasfasernetz, dem Grossbetriebe, die kantonale Verwaltung sowie die Gemeinden angeschlossen sind. «Was fehlt, ist die Erschliessung bis in die einzelne Wohnung», sagt der Thurgauer Regierungsrat Kaspar Schläpfer. Im Thurgau gibt es über 100 überwiegend kleine Elektrizitätswerke. Die EKT sollen deshalb die Führungsrolle übernehmen und mit den lokalen Anbietern zusammenarbeiten. Schläpfer ist überzeugt, dass ein Glasfasernetz für ländliche Gebiete besonders wichtig ist. «Es besteht die Gefahr der Rückständigkeit», warnt er. Die Folge könnte eine Abwanderung in die besser versorgten städtischen Zentren sein. Er ist

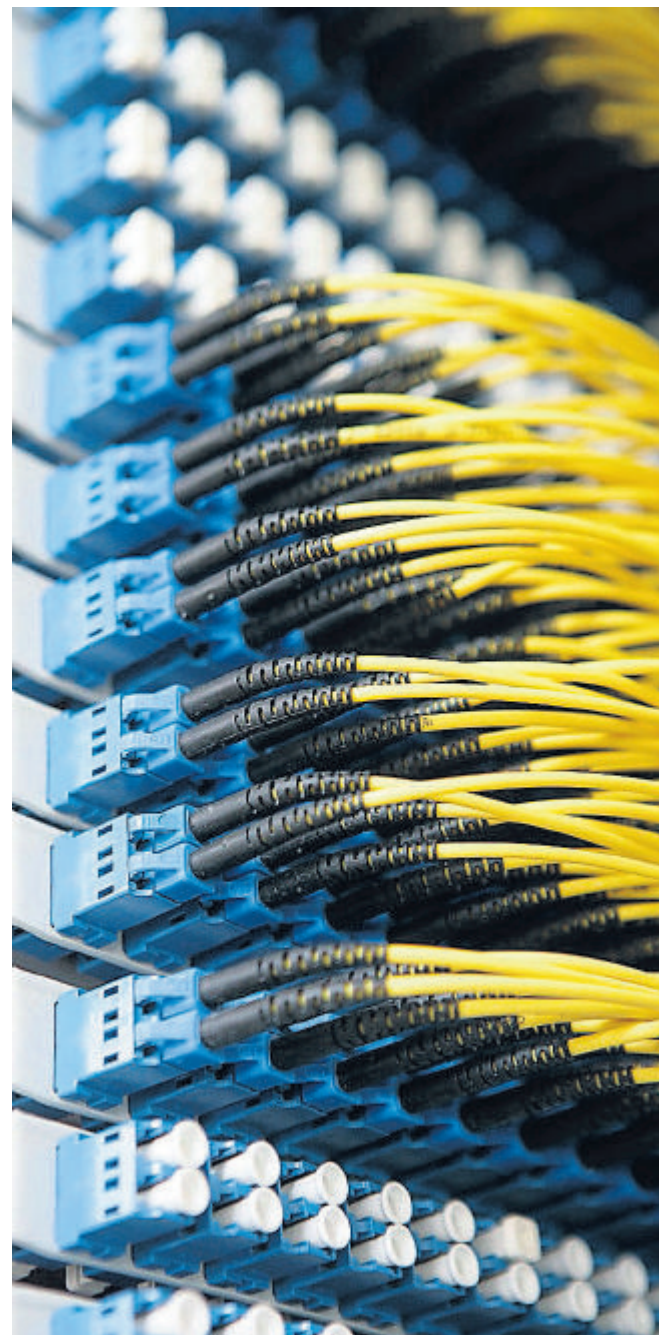


Bild: Ralph Ribi

Glasfaserkabel bei Huber+ Suhner in Herisau.

überzeugt, dass die Bedeutung der Kommunikationsinfrastruktur immer grösser wird.

Für Mieter und Käufer von Liegenschaften werde ein Anschluss an das Glasfasernetz bald ein entscheidendes Kriterium sein. Nun seien die Gemeinden gefordert. «Wir wollen möglichst schnell eine flächendeckende Erschliessung.»

4500 Franken pro Anschluss

Wie steht es mit den Kosten? Kaspar Schläpfer rechnet mit Ausgaben von 4500 Franken pro An-

schluss. Eine Überschlagsrechnung zeigt, dass im Thurgau 450 Mio. Franken investiert werden müssten. Sein St. Galler Kollege Josef Keller betont, dass diese Investitionen über die SAK laufen sollen, die daraus ein neues Geschäftsfeld entwickeln werden.

Er ist überzeugt, dass ein solches Netz rentabel ist. In der Stadt St. Gallen läge der Betrag bei rund 2000 Franken pro Anschluss, relativiert Stadtrat Fredy Brunner. Es sei zwar eine Investition, die mit Risiko verbunden sei. Das sei allerdings beim Beginn der

Stromversorgung auch nicht anders gewesen. Brunner erinnert daran, dass an einer Abstimmung in der Stadt St. Gallen 82 Prozent der Stimmbürger Investitionen von 78 Mio. Franken in das Glasfasernetz zugestimmt hätten. Bedingung sei, dass das Netz kostendeckend gebaut werden müsse.

Franz Stampfli vom Verband openaxs wirbt dafür, dass es keinen digitalen Graben zwischen Stadt und Land geben dürfe. In grösseren Agglomerationen würden so oder so Glasfasernetze gebaut. Gebiete mit einer geringeren Wohnungsdichte seien für private Investoren aber nicht interessant. Er ist überzeugt, dass die Swisscom ohne Anstoss von aussen noch lange kein neues Netz bauen, sondern die Kapazitäten der Kupferkabel weiter ausreizen würde. «Es braucht den Investitionsdruck der Energieversorger», so Stampfli. Wenn alle zusammenarbeiteten, wie es nun in der Ostschweiz geplant sei, könnten die Kosten optimiert werden. «Wir haben nun eine Lawine losgetreten, die uns die nächsten Jahre beschäftigen wird.»

Openaxs als dritter Player

Dem Verband Openaxs sind verschiedene Stadtwerke und zahlreiche lokale und regionale Elektrizitätsversorgungsunternehmen angeschlossen. Openaxs wurde 2008 gegründet und will neben der Swisscom und den Kabelnetzbetreibern zum dritten grossen Player im Schweizer Telekom-Infrastrukturmarkt aufsteigen. Ziel ist es, ein nationales Glasfasernetz zu betreiben und zu vermarkten, das offen für alle Dienstleister sein soll.

Dafür betreibt Openaxs Lobbying bei den Behörden und politischen Gremien und will die verschiedenen Akteure im Markt koordinieren. Der Verband bietet sich Gemeinden und Energieversorgern als Anlaufstelle für Informationen und Beratung an. (akn)

CVP-Politiker: Städte melden Ansprüche an

Tut sich in der Schweiz ein Stadt-Land-Graben auf?

Zwei CVP-Politiker antworten.

Der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister erweckte kürzlich den Eindruck, dass der CVP die ländlichen Regionen nicht mehr am Herzen liegen. «Randregionen-Nostalgiker, Alpen-Opec, Höhenzuschlags- und Steilgeländefetischisten» würden es hoffentlich weniger leicht haben, das von den dynamischen Wirtschaftsregionen erarbeitete Steuergeld umzuleiten», wird Pfister in mehreren Zeitungen zitiert.

Die St. Galler CVP-Vertreter in Bern, Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz und Ständerat Eugen David, bekräftigen gegen unserer Zeitung, dass sich die CVP-Fraktionen dafür einsetzen, den Anliegen des ländlichen Raums wie Erhaltung der Grundversorgung bei Post und öffentlichem Verkehr in Bern zum Durchbruch zu verhelfen. Doch räumt Lucrezia Meier-Schatz ein: «Wir beobachten, dass sich die Agglomerationen vermehrt zu Wort melden, weil sie sehr viele Zentrumslasten tragen.» Bei der bevorstehenden Evaluation der NFA werde dieser



Bild: ky/Gaetan Bally

Eugen David



Bild: Hanspeter Schiess

Lucrezia Meier-Schatz

Punkt sicher zur Debatte stehen, sagt Eugen David. Er geht davon aus, dass es «durchaus möglich ist, dass es zur Gewichtsverlagerung zugunsten der Städte kommen kann». Meier-Schatz ergänzt: «Es liegt im Interesse unseres Landes, unserer Bevölkerung, dass wir keinen Stadt-Land-Graben entstehen lassen.» (ist)

Frauenhaus-Adresse bleibt geheim

Antifeministen wollten die Adressen der Frauenhäuser in der Schweiz publik machen. Per superprovisorische Verfügung wurde ihnen dies untersagt. Dennoch: Im Thurgau gab es Reaktionen auf den Aufruf; in St. Gallen blieb es ruhig.

REGULA WEIK

ST. GALLEN. Frauenhäuser führten einen Kampf gegen Männer, sagt der Thurgauer Michael Handel. Er unterstützt die Idee der Interessengemeinschaft Antifeministen «für eine echte Gleichberechtigung», die Adressen der Frauenhäuser in der Schweiz publik zu machen; heute sind sie geheim. Seine Motivation sei das Kindeswohl, sagt Handel. Er hat die Organisation Kinder ohne Recht gegründet. Frauen vor häuslicher Gewalt zu schützen sei wichtig – «doch leider führen Frauenhäuser nebenbei einen ideologischen Kampf gegen Männer».

Gefährdungssituationen

Handel fordert deshalb, die Frauenhäuser abzuschaffen; stattdessen sollten die Kantone

geschlechtsneutrale Familienhäuser errichten.

Anders als im Thurgau – der Kanton hat kein eigenes Frauenhaus; schutzsuchende Thurgauerinnen wenden sich ans Frauenhaus Schaffhausen – blieb es nach dem Aufruf der Antifeministen in St. Gallen ruhig. «Ich bin ganz froh darüber», sagt Elisabeth Bossart, Geschäftsführerin des Frauenhauses St. Gallen. Sie seien sehr zurückhaltend mit Informationen. Und dennoch kennt sie die Situation, dass der Mann einer schutzsuchenden Frau vor dem Haus steht. Erst kürzlich sei eine Frau vom Einkaufen zurückgekehrt – und ihr Mann habe ihr abgepasst, sie beschimpft und bedroht. «Wenn ein Mann immer wieder seine Frau sucht und dabei nicht locker lässt, dann kann er sie

über kurz oder lang auffindig machen», sagt Elisabeth Bossart. Und weiter: «Wir können Gefährdungssituationen nie ausschliessen und besprechen das auch mit den Frauen.» Klar ist: Wenn ein Mann mehrmals vor dem Frauenhaus auftaucht, wird die Polizei gerufen.

Elisabeth Bossart wehrt sich gegen den Vorwurf, Frauenhäuser führten einen Kampf gegen Männer. Sie setze sich stark für «den runden Tisch» ein, denn: «Es nützt nichts, wenn wir mit den Opfern arbeiten und uns nicht auch mit den Tätern auseinandersetzen – unabhängig davon, ob der Mann

oder die Frau Gewalt ausübt. Wir kommen nur im Dialog weiter.»

Superprovisorische Verfügung

Elisabeth Bossart ist denn auch froh, dass die Dachorganisation der Frauenhäuser der Schweiz und Liechtenstein – es sind insgesamt 18 Institutionen – aktiv geworden ist und mit einer Strafanzeige auf die Androhung der Antifeministen reagiert hat – zu deren Ärger. «Feministische Justiz will Antifeministen mundtot machen», heisst es auf der Homepage. Mit einer für die schweizerische Justiz «bemerkenswert ungewöhnlichen Geschwindigkeit» sei eine superprovisorische Verfügung erzwungen worden, «mit der man uns zwingen möchte, die Veröffentlichung der Adressen zu unterlassen».

STICHWORT

Frauenhaus St. Gallen

Das Frauenhaus St. Gallen war eines der ersten in der Schweiz. Die damals «suspekten Institution» ist heute eine anerkannte Einrichtung. Dazwischen liegen dreissig Jahre. In den dreissig Jahren haben 1857 Frauen und 1958 Kinder Obdach

im Frauenhaus erhalten. Das Angebot richtet sich an Frauen aus den Kantonen St. Gallen, Appenzell Ausser- und Innerrhoden. Das Frauenhaus St. Gallen ist täglich während 24 Stunden erreichbar; es werden Tag und Nacht telefonische Beratungen angeboten. (rw)